



Oliver Luksic referierte über verbesserte Bedingungen bei GST für die Branche.

Für bessere Bedingungen

Ende Oktober traf sich der Bundesverband Schwertransporte und Kranarbeiten (BSK) e.V. zu seiner Jahreshauptversammlung in Berlin. Deutlich wurde: Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu stärken, bedarf es verbesserter Rahmenbedingungen für den GST.

Der Zusammenbruch der Carolabrücke in Dresden vor einigen Monaten verdeutlichte die hohe Wichtigkeit, die Groß- und Schwertransporte (GST) in der Transport- und Logistikbranche innehaben. Diesen Standpunkt nehmen auch der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr, Oliver Luksic, und Uwe Schüler, Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg, ein, die an der Eröffnung der zweitägigen Expertenveranstaltung teilnahmen.

Trotz der Herausforderungen standen in den Experten-Panels und Fachvorträgen konstruktive und zukunftsgerichtete Diskussionen mit Blick auf den GST im Vordergrund. Dabei ging es vor allem um Lösungsvorschläge in Sachen Infrastruktur und Bürokratieabbau. Gerade bei der Bearbeitung von Genehmigungsanträgen sei bei der Autobahn GmbH beispielsweise schon mehr Dynamik im Tagesgeschäft als bei den anderen Verkehrsträgern. Eine medienbruchfreie Digitalisierung des Genehmigungsverfahrens von der Antragstellung bis zur Abwicklung der Transporte sei daher dringend erforderlich. Gleiches gelte für die nachhaltige, widerspruchsfreie Abstimmung der vielfältigen

Rechtsvorschriften für Großraum- und Schwertransporte wie auch Kranarbeiten in einem „GST-Gesetz“.

„Für uns Spezialisten, die im Auftrag der Industrie besonders große und schwere Güter des täglichen Bedarfs sowie Komponenten für die Infrastruktur des Landes und Anlagen für die Energiewende transportieren, sind leistungsfähige Straßen sowie Schienen- und Binnenwasserwege von existenzieller Bedeutung“, betonte der BSK-Aufsichtsratsvorsitzende Andreas Krahl. Des Weiteren warnte er: „Wenn wir nicht für unsere Kunden fahren können, stehen viele hochkarätige Projektvorhaben in unserem Land still.“ Der zweite Vorsitzende, Holger Dechant, ergänzte: „Wenn so etwas zu häufig passiert, kommt die Industrie ins Nachdenken über die Rentabilität ihrer Investitionen am Standort Bundesrepublik. Eine solche Schlussfolgerung renommierter Unternehmen und damit auch Arbeitgeber, deren Erfolg auf das hiesige Wirtschaftswachstum und die Lebensbedingungen einzahlt, und die daraus resultierenden Konsequenzen möchten wir als Interessenvertretung mit unserem Engagement und im engen Austausch mit allen Beteiligten auf jeden Fall vermeiden.“

saku